

(Staatsminister v. Sehdewitz.)

- (A) Etat lasse eine systematische Anordnung vermissen, es gehe alles kunterbunt durcheinander.

(Abg. Günther: Sehr richtig!)

Das liegt daran, daß der Ergänzungsetat sich ganz naturgemäß der Anordnung anfügen muß, die der Hauptetat enthält. Man hat sich natürlich an die Kapiteifolge des Hauptetats halten müssen, und infolgedessen ist allerdings die Wirkung eingetreten, daß die Kapitel keine systematische Folge aufweisen. Das ist nach Lage der Sache nicht zu ändern. Manche Unebenheiten sind auch durch die gebotene Eile zu erklären. Z. B. ist bei Kap. 56 die Begründung vorbehalten worden, aber schließlich ist sie doch beigedruckt. Man wollte eben den Druck wegen der von allen Seiten dringend gewünschten Beschleunigung nicht wegen der Beilage aufhalten. Schließlich aber war deren Beigabe doch möglich.

- (B) Dann ist von manchen Seiten der Vorwurf erhoben worden, der Etat enthalte Gegenstände, die recht wohl im Hauptetat hätten Berücksichtigung finden können. Das kann ich nicht zugeben. Es sind von dem Herrn Abg. Mißschke in dieser Hinsicht zwei Fälle erwähnt worden, die Schachtstraße bei Zauderode in Kap. 9 und das Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft in Rochlitz in Kap. 93. In beiden Fällen waren die Verhältnisse zur Zeit der Etataufstellung noch nicht so weit geklärt, um die Forderungen in den Etat aufnehmen zu können. Der Landtag tagt nun beinahe 6 Monate; da ist es kein Wunder, wenn in dieser Zeit neue dringliche Fragen auftauchen, und man nimmt dann gern die Gelegenheit wahr, sie noch während der Landtagstagung zur Erledigung zu bringen.

Der Herr Abg. Fleißner hat ganz allgemein den Wunsch geäußert, es möchte doch öfter von der Fügigkeit Gebrauch gemacht werden, die Einnahmen noch nachträglich hinaufzuziehen, um Mehrausgaben einstellen zu können. Diesem Wunsche kann ich mich nicht anschließen, im Gegenteil halte ich im allgemeinen es keineswegs für angezeigt, daß die Einnahmen, die von Haus aus wohlüberlegt sind, während der Etatberatungen noch erhöht werden. Das ist nur dann zulässig, wenn neue Momente eingetreten sind, die man bei der Etataufstellung noch nicht übersehen konnte. Das ist der Fall bei den Frachtguteinnahmen der Eisenbahnen, wie ich mir vorhin erlaubte Ihnen vorzutragen. Wir könnten bei der Etataufstellung nicht voraussehen, daß sich der Güterverkehr in der Weise, wie es geschehen ist, weiter

entwickeln würde. Im Gegenteil glaubten wir, für Ende des Jahres einen Rückschlag in Aussicht nehmen zu müssen, vor allen Dingen infolge der Frachtermäßigungen, die im vorigen Jahre wegen der Trockenheit bewilligt worden sind. Wir freuen uns, daß unsere Befürchtung nicht eingetreten ist. Die unerwartete Einnahmesteigerung war aber ein neues Moment, das der Verwaltung die Berechtigung zu Höhersetzung der Einnahmen gegeben hat. Im übrigen kann ich nicht zugeben, daß der Etat in bewußter Weise so aufgestellt sei, daß mehr Einnahmen eingehen sollen, als eingestellt sind. Ich möchte daher davor warnen, mit weiteren Einnahmesteigerungen vorzugehen.

Wegen des Staatsbeitrags für das Hygienemuseum habe ich im allgemeinen eine wohlwollende Meinung im Hohen Hause wahrgenommen, doch sind auch mehrfache Bedenken erhoben worden, insbesondere in der Richtung, daß das Unternehmen doch noch nicht derart organisiert sei, daß man ihm ohne weiteres die große Summe von 2 000 000 M. anvertrauen könne. Die Organisationsfrage wird selbstverständlich noch näher geprüft werden, und die Regierung wird den Staatsbeitrag nur bereitstellen, wenn die Organisation so, wie man es wünschen kann, zustande gekommen ist. Ich möchte aber bemerken, daß die Regierung darauf halten wird und sich ausbedungen hat, daß im Vorstande des für das Museum zu begründenden Vereins der Staat angemessen vertreten ist. Sie wird also jederzeit in der Lage sein, die nötige Kontrolle auszuüben und darauf zu sehen, daß die Staatsgelder auch wirklich so verwendet werden, wie es beabsichtigt war.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Löbner.

Abg. Dr. **Löbner:** Meine Herren! Die Wünsche, die ich vorzutragen mir vorgenommen hatte, will ich im wesentlichen unterdrücken. Aber drei Dinge muß ich wenigstens ganz kurz erwähnen.

Ich vertraue, daß die Regierung nicht bloß für Sachsen, sondern namentlich auch im Bundesrate die Stellung einnimmt, die der Herr Kultusminister hier zum Ausdruck gebracht hat. Wenn die Jesuitenfrage heute angeregt worden ist, so ist es nicht in der Besorgnis geschehen, daß hier in Sachsen besonders etwas versäumt werden dürfte, sondern mit dem Wunsche, daß im Bundesrat scharfe, klare Stellung eingenommen wird.

Zum andern möchte ich zu den Kap. 80 und 92 mir kurz die Bemerkung erlauben, daß mir der